

Sehr geehrter Herr Regierungsrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Möglichkeit, zur Änderung der kantonalen Einbürgerungsverordnung (EbüV) im Rahmen eines Konsultationsverfahrens Stellung nehmen zu können, danken wir Ihnen bestens. Nach Rücksprache mit den Mitgliedern der Vernehmlassungsausschusses der kommunalen Verbände und mit weiteren von der Vorlage Betroffenen ergeben sich die folgenden Bemerkungen:

Die kommunalen Verbände begrüßen ausdrücklich die vorgesehene Revision der Einbürgerungsverordnung. Es ist sinnvoll, wenn die Anforderungen wie vorgesehen kantonsweit „harmonisiert“ und geklärt werden. Aus rechtsstaatlicher Sicht ist zu begrüßen, dass die Vorgaben *messbar* sind. Hier stellt sich höchstens die Frage, ob für „eindeutige“ Fälle nicht Ausnahmeklauseln vorzusehen wären, damit das Regime nicht allzu stur gehandhabt werden muss.

In der Anlage lassen wir Ihnen die Stellungnahme der Bernischen Ortspolizeivereinigung zukommen. Wir bitten Sie höflich, die Eingabe beziehungsweise die Vorschläge bei den weiteren Revisionsarbeiten zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

Im Namen der kommunalen Verbände:

Daniel Arn

Verband Bernischer Gemeinden  
Dr. Daniel Arn, Rechtsanwalt  
Geschäftsführer  
Kramgasse 70  
3000 Bern 8

Tel.: 031 311 08 08  
Fax: 031 312 24 64

[daniel.arn@advokatur-afs.ch](mailto:daniel.arn@advokatur-afs.ch)  
[www.begem.ch](http://www.begem.ch)